

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Johannes Rau zur 'Halbzeit' in  
Nordrhein-Westfalen: Auf allen  
Ebenen ist Umdenken nötig.

Seite 1

Dr. Klaus Hänsch MdEP zu ei-  
ner strategischen Wei-  
chenstellung der Europäi-  
schen Gemeinschaft: Vertie-  
fung oder Auflösung.

Seite 3

### Dokumentation

Der Vorstand der Gustav-Hei-  
nemann-Initiative erklärt zu  
den Bonner Asylplänen:  
'Abschottung ist das Gegenteil  
zu einer freien Welt'.

Seite 6

48. Jahrgang / 21

1. Februar 1993

### Auf allen Ebenen ist Umdenken nötig Zur 'Halbzeit' in Nordrhein-Westfalen

Von Johannes Rau  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Wir in Nordrhein-Westfalen haben Erfahrung im Umgang mit schwierigen Situationen und großen Herausforderungen. Wir haben in mehr als vier Jahrzehnten immer wieder gezeigt, daß es möglich ist, auch scheinbar unlösbare Aufgaben erfolgreich anzupacken, wenn wir auf die Mitwirkung und die Mitverantwortung möglichst vieler setzen und den sozialen Zusammenhalt und den sozialen Frieden hüten wie unseren Augapfel.

Ich bin überzeugt davon, daß wir uns im vereinten Deutschland und im zusammenwachsenden Europa wieder stärker auf die Grundbedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens besinnen müssen, wenn wir dem gerecht werden wollen, was uns abverlangt wird.

Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen: Seit dem Fall der Mauer leben wir in einer völlig anderen Welt. Wir werden erleben, daß es mehr als eine gelungene Formulierung ist, wenn gesagt wird, daß nichts so bleiben wird, wie es war.

Wir haben das wohl früher begriffen als andere. Wir haben früher über die Probleme und Schwierigkeiten gesprochen, die bewältigt werden müssen. Aber es gibt nach meinem Eindruck auch bei uns noch eine Kluft zwischen der Einsicht in das jetzt Notwendige und der Fähigkeit, daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Ich bleibe dabei: Der Fall der Mauer war ein Glückfall, der - untrennbar verbunden mit den Entwicklungen in der früheren Sowjetunion und im Osten und Südosten Europas - die Welt freier gemacht hat. Diese Welt ist aber zugleich unübersichtlicher geworden und sie ist in neuer Weise gefährdet. Umso wichtiger sind Klarheit und Wahrheit und Konzentration auf das wirklich Wichtige.

Für die Landespolitik heißt das: Wir müssen Politik für Nordrhein-Westfalen noch stärker daran messen, wie es gelingt, Erreichtes zu bewahren, das Wesentliche zu tun und nicht dem zwar politisch Wünschenswerten, aber finanziell nicht Möglichen nachzujagen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Förderlicher Umgang  
mit wertvollem Rohstoff  
Recycling-Papier



Wir stehen vor Herausforderungen einer ganz neuen Größenordnung und einer neuen Qualität. Diese neue Größenordnung und diese neue Qualität werden uns noch viel abverlangen. Es geht nicht mehr mit einer Korrektur hier oder einer Glättung da. Auf allen politischen Ebenen ist wirklich Umdenken nötig.

Wir müssen uns schon jetzt darauf einstellen, daß die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern ab 1995 neu geregelt werden. Das wird dazu führen, daß im Haushalt unseres Landes Milliardenbeträge fehlen werden.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es um die Finanzverteilung zwischen dem Bund auf der einen Seite und den sechzehn Ländern auf der anderen Seite harte Auseinandersetzungen geben. Es handelt sich um einen handfesten Interessenkonflikt zwischen dem Bund und den Ländern. Es geht nicht um parteipolitische Unterschiede, sondern darum, die berechtigten Interessen der Länder gegenüber dem Bund zur Geltung zu bringen.

Die Landesregierung wird die Interessen aller Länder und natürlich in besonderer Weise die Interessen Nordrhein-Westfalens gegenüber dem Bund unmißverständlich und hartnäckig vertreten, und wir werden uns zugleich darauf vorbereiten, daß wir ab 1995 mit weniger Geld auskommen müssen.

Dann wird nicht nur vieles Wünschenswerte nicht mehr bezahlbar sein, sondern auch manches, was wir bisher für unbedingt notwendig gehalten haben. Es wird in Zukunft noch mehr Wünsche an den Landeshaushalt geben, die nicht erfüllt werden können. Das gilt auch für die Wünsche, für die es gute und sehr gute Gründe gibt, weil auch die besten Gründe fehlendes Geld nicht ersetzen können.

Wir stehen in allen öffentlichen Haushalten vor massiven Einschnitten. Wir werden uns von dem Gedanken verabschieden müssen, Jahr für Jahr mehr Mittel für zusätzliche Aufgaben zu haben, und stattdessen auf bisherige Aufgaben verzichten müssen.

#### In schwieriger Zeit können wir Wort halten

Weil wir schon in der Vergangenheit auf vieles Wünschenswerte verzichtet und weil wir in den vergangenen zwölf Jahren sparsamer gewirtschaftet haben als alle anderen Länder, können wir auch in schwieriger Zeit Wort halten. Es bleibt bei den landespolitischen Schwerpunkten, die ich in der Regierungserklärung vom 15. August 1990 angekündigt habe. Das gilt für den Wohnungsbau, für die Altenpolitik und den Ausbau der Kindergärten. Das gilt auch für die Fortsetzung unserer aktiven Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Wir setzen bewußt Schwerpunkte beim Ausbau der sozialen Infrastruktur, die den Menschen unmittelbar zugute kommt, und beim Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Dabei wird immer stärker deutlich: Die klassische Unterscheidung zwischen wirtschaftsnaher Infrastruktur und sozialer Infrastruktur gilt heute nicht mehr.

Es ist ein Irrtum, soziale Gerechtigkeit, gleiche Bildungschancen und gleiche berufliche Möglichkeiten für Männer und Frauen in Gegensatz zu setzen zu wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und wirtschaftlichem Erfolg. Im Gegenteil: Der Bau von Sozialwohnungen und neuen Kindergartenplätzen ist auch ein Stück Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Die Ansicht, "Aufbau im Osten vor Ausbau im Westen" klingt gut, ist aber falsch. Stillstand im Westen wäre tatsächlich Rückschritt für alle. Der Westen muß zurückstecken, aber er darf nicht zurückfallen. Das ginge auch zu Lasten der neuen Länder. Auch bei uns gibt es dringende Aufgaben, die wir nicht auf die lange Bank schieben dürfen: Wir müssen unseren Wirtschaftsstandort stärken, im eigenen Interesse und weil wir nur so in der Lage sind, anderen zu helfen.

Die nächsten Jahre werden die schwierigsten seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sein. Bei allen Sorgen und bei aller Unsicherheit über die künftige Entwicklung sollten wir die großartigen Chancen nicht übersehen, die sich aus der deutschen Einheit und dem europäischen Einigungsprozeß entwickeln können. Das kann aber nur gelingen, wenn die soziale Gerechtigkeit endlich wieder ins Zentrum der Politik rückt.

In schwieriger Zeit, in der wir leben, ist soziale Gerechtigkeit noch wichtiger als in Zeiten voller Kassen. Wenn jetzt bei den öffentlichen Ausgaben gespart werden muß, dann muß das sozial gerecht geschehen. Die großen Lasten dürfen nicht allein auf die kleinen Schultern gelegt werden. Es darf nicht sein, daß jene Zusätzliches aufgepackt bekommen, die schon heute schwer zu tragen haben.

Die großen Zukunftsaufgaben, vor denen wir stehen, lassen sich nur in einer solidarischen Gesellschaft lösen. Wenn wir eine gute Zukunft für alle schaffen wollen, dann sind wir heute mehr denn je angewiesen auf das Bündnis jener, die Solidarität brauchen, mit jenen, die bereit sind, Solidarität zu geben.

In einer "Halbzeitbilanz" legt die Landesregierung Rechenschaft über das ab, was sie seit 1990 getan hat, und darüber, wie sie das verwirklicht, was sie den Bürgerinnen und Bürgern versprochen hat.

Ich bin stolz darauf, daß wir gezeigt haben: Zuverlässige Politik ist auch in schwieriger Zeit möglich. Auch für die kommenden Jahre werden wir uns an den Grundsatz halten: Nicht mehr versprechen, als man halten kann, und alles halten, was man versprochen hat.

Wir werden zeigen, daß weniger Geld nicht das Ende von Politik ist. Im Gegenteil: Knappe finanzielle Mittel sind auch eine Herausforderung neue Wege zu gehen.

Das wollen wir tun. Mit ruhiger Kraft.

(-/1. Februar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Vertiefung oder Auflösung

#### **Zu einer strategischen Weichenstellung der Europäischen Gemeinschaft**

**Von Dr. Klaus Hänsch MdEP**

**Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament**

Die dänische Regierung will die Eröffnung der Gespräche über den Beitritt Österreichs, Schwedens, Finnlands und Norwegens zur Priorität ihrer EG-Präsidentschaft bis Juli 1993 machen. Sie hat nicht nur ein politisch-strategisches Interesse an der Erweiterung der EG, sondern auch ein ausgeprägtes taktisches. Kopenhagen soll vor dem zweiten Maastricht-Referendum zum Zentrum der Erweiterungsgespräche werden.

Rechtlich wäre eine EG-Erweiterung auch auf der Grundlage der heute geltenden Verträge möglich. Politisch wird es sie aber ohne einen in Kraft gesetzten Vertrag von Maastricht nicht geben. Ohne ihn ist in den nächsten Jahren weder die notwendige Zustimmung aller zwölf Mitgliedstaaten zur Erweiterung noch die ebenfalls erforderliche absolute Mehrheit im Europäischen Parlament gegeben. Genauso wie ein Mitgliedstaat durch sein "Nein" den Vertrag von Maastricht zerstören kann, reicht auch das "Nein" eines einzigen Mitgliedstaates, um einen Beitritt zu verhindern.

Im Juni 1992 hat der Europäische Rat von Lissabon festgelegt, daß "die Erweiterung auf der Grundlage der im Vertrag über die Union ... enthaltenen institutionellen Bestimmungen möglich ist." Damit lebt die Gemeinschaft aber institutionell von der Hand in den Mund. Sie steht nicht vor der Alternative "Erweiterung oder Vertiefung", sondern sie muß zwischen Vertiefung oder Auflösung entscheiden. Es ist eine blanke Illusion zu glauben, die EG könne von 1995 an mit 16 Mitgliedstaaten nach dem gleichen Muster funktionieren wie mit 12. Der Vertrag von Maastricht ist für die EG-Erweiterung notwendig - hinreichend ist er nicht.

Vier neue Mitgliedstaaten heißt ja nicht bloß 17 statt 13 Wortmeldungen im Rat, 21 statt 17 Kommissare, 12 statt neun Amtssprachen und circa 635 statt 567 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Das alles läßt sich durch Anpassungskorrekturen schlecht und recht regeln.

Die Erweiterung stellt die Grundsatzfrage nach der Handlungsfähigkeit und dem Zusammenhalt der Union. Dabei liegt das Problem nicht darin, daß neue Mitgliedstaaten prinzipiell weniger integrationswillig, weniger entscheidungsbereit oder weniger gemeinschaftsfähig wären als die alten. Die Mitgliedschaft macht auch für die beitragswilligen Staaten nur dann Sinn, wenn sie einer handlungsfähigen EG beitreten können. (Das gilt übrigens später auch einmal für Ungarn, Polen, die tschechische und die slowakische Republik).

Das Problem liegt einfach in der wachsenden Zahl der an den Entscheidungen zu beteiligenden Staaten, an den unvermeidlich immer komplizierter werdenden Verfahren und in der Struktur der Entscheidungsmechanismen der Union, die im wesentlichen immer noch mehr nach dem Prinzip der intergouvernementalen Zusammenarbeit als nach dem demokratisch bestimmender Supranationalität funktionieren.

Jeder beitretende Staat muß die gleichen Bedingungen erfüllen, die auch bisher gegolten haben. Neben der geographischen Zugehörigkeit zu Europa sind das: vollentwickelte Demokratie mit einem ausreichenden Schutz der Menschen- und Bürgerrechte, marktwirtschaftliche und rechtsstaatliche Strukturen, vollständige Übernahme des bestehenden EG-Rechts, also künftig auch der Währungsunion sowie der europäischen Verteidigungspolitik und schließlich die Bereitschaft, die Entwicklung der Politischen Union voranzutreiben. Verhandelt wird allein über die Modalitäten und Fristen der Übernahme des "acquis communautaire" sowie normalerweise über institutionelle Anpassungen. Die Union kann sich nicht "zurückverhandeln" lassen. Beiträge mit Rabatt wird es nicht geben.

Die Europäische Union muß die Beitrittsverhandlungen diesmal aber auch mit Gesprächen über weitere institutionelle Reformen verbinden, die über den Vertrag von Maastricht hinausgehen.

1. Struktur und Arbeitsweise des Rats müssen verändert werden. Die für Beschlüsse erforderlichen Mehrheiten müssen neu definiert werden, damit die kleineren Staaten, deren Zahl ja durch die Erweiterung erheblich zunehmen wird, nicht zu leicht die Sperrminorität im Rat erreichen können.
2. Die interne Organisation der EG-Kommission muß durch die Einführung des politischen Ressortprinzips, die Stärkung des Kommissionspräsidenten und die Schaffung von stellvertretenden Kommissaren geändert werden. Der parlamentarische Einfluß auf die personelle Zusammensetzung der Kommission und die Kontrolle ihrer laufenden politischen und administrativen Tätigkeit muß über das in Maastricht beschlossene Maß hinaus verstärkt werden. Das gilt insbesondere für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Das Europäische Parlament muß in allen Bereichen der Gesetzgebung und an allen Beschlüssen über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft gleichberechtigt und gleichgewichtig mit dem Ministerrat beteiligt sein. Darüber hinaus muß es auch bei allen Grundsatzentscheidungen der GASP, beim Abschluß internationaler Verträge und bei allen Entscheidungen, die im Rahmen der Union einstimmig getroffen werden müssen, ein Zustimmungsrecht erhalten. Andernfalls wird es mit dem Argument der Demokratie zu einer Renationalisierung der Gemeinschaft kommen.
4. In einer erweiterten Union ist die Verwendung aller Amtssprachen als vollgültige Arbeitssprachen schon aus organisatorischen Gründen nicht mehr zu bewältigen. Für den internen Gebrauch der Sprachen in den Organen der Union müssen daher neue und flexiblere Lösungen gefunden werden.

Je mehr Staaten der Gemeinschaft beitreten und je kleiner sie sind, desto mehr Supranationalität und Zentralgewalt werden nötig, um ein Minimum an Einheit und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Gleichzeitig werden dann aber auch tendenziell die Möglichkeiten eingeschränkt, nationale und regionale Eigenständigkeiten zu bewahren und umfassende demokratische Mitwirkung der Bürger auf allen Ebenen der europäischen Politik zu gewährleisten. Eine Vertiefung der Gemeinschaft, die über Maastricht hinausgeht, ist notwendig, aber sie darf nicht soweit getrieben werden, daß sie, um der Handlungsfähigkeit der erweiterten Union willen, die Grundlage für den freiwilligen Zusammenschluß demokratisch verfaßter europäischer Staaten zerstört. Deshalb muß sie vor allem in einer Stärkung der parlamentarischen Mitentscheidungsrechte und in einer strikten Beachtung des Prinzips der Subsidiarität bestehen.

### EG-Erweiterung in gesamteuropäischer Perspektive

Wenn sich die Union bis 1995 erweitert, geht es zunächst nur um ehemalige EFTA-Staaten. Darüber hinaus liegen aber bereits weitere Beitrittsanträge vor. Die Gesuche Ungarns und Polens sind angekündigt. Andere werden folgen.

Die erweiterte Europäische Union darf sich nicht in die Sackgasse begeben, an deren Ende für alle europäischen Staaten nur der Beitritt oder die Ausgrenzung steht. Sie muß deshalb neue Formen der Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten entwickeln, die ihr nicht beitreten wollen oder können.

In Zukunft sollten zwei Assoziierungsmodelle besondere Bedeutung für die gesamteuropäische Rolle der Union erlangen:

1. Die bisher allein mögliche Assoziation an die EG. Sie kommt für solche europäischen Staaten infrage, die nicht Mitglied der Union werden wollen, weil sie vor allem ihre außenpolitische (und rechtssetzende) Souveränität zu bewahren wünschen, dennoch aber eine Ankoppelung an den EG-Binnenmarkt wünschen.
2. Neu geschaffen werden müßte die Möglichkeit der Assoziation an die Europäische Union. Sie käme für solche europäische Staaten infrage, die aufgrund ihres Entwicklungsstands zumindest auf mittlere Sicht nicht Mitglied werden wollen oder können, die aber eine Ankoppelung insbesondere an die Außen- und Sicherheitspolitik beziehungsweise an die Zusammenarbeit in der Innenpolitik und der Justiz wünschen.

Darüber hinaus bleibt eine stukturierte Zusammenarbeit mit Rußland und den anderen Republiken der GUS, mit der Türkei und den Anrainerstaaten des östlichen und südlichen Mittelmeers, vor allem aber auch mit den USA und Kanada notwendig. In der Vergangenheit sind dazu verschiedene Vorschläge für eine europäische Konföderation oder für eine "europäisch-atlantische Gemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostock" gemacht worden.

Eine Großorganisation völkerrechtlicher Art, die alle europäischen und mit den Lebensinteressen Europas verbundenen Staaten umfaßt, würde den Willen zur Zusammenarbeit, die Bereitschaft zu gegenseitiger Solidarität und die Fähigkeit zum Aufbau demokratischer und effektiver gemeinsamer Organisationsstrukturen räumlich und zeitlich überfordern. Zusammenarbeit und Interessenverflechtung in Europa müssen aber rasch und effizient, pragmatisch und flexibel organisiert werden. Statt eine umfassende gesamteuropäische Konföderation anzustreben, sollte die Union sich besser zum Kern und Motor eines "Systems Konföderaler Zusammenarbeit in Europa" entwickeln.

Ein solches System wäre kein klassischer konföderaler Zusammenschluß von Staaten. Es wäre vielmehr ein Verbund von organisatorisch selbständigen, unterschiedlich strukturierten, funktionalen "Aufgabenkonföderationen", also von Zweckverbänden zwischen der Gemeinschaft und jeweils verschiedenen Staaten zur engeren Zusammenarbeit bei der Bewältigung ganz bestimmter gesamteuropäischer Probleme: Zum Beispiel beim grenzüberschreitenden weiträumigen Umweltschutz, bei der Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen der Forschung und Entwicklung usw. Die europäische Verkehrsministerkonferenz könnte ausgebaut und die europäische Energiecharta weiterentwickelt werden. Aufgabenkonföderationen könnten aber auch regionalen Zuschnitt haben, ähnlich dem Ostseerat oder der Alpenkonvention. Bei Aufbau dieses "Systems Konföderaler Zusammenarbeit in Europa" können auch Europarat und KSZE jeweils ihre besondere Rolle spielen.

(-/1. Februar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### "Abschottung ist das Gegenteil zu einer freien Welt"

Der Vorstand der Gustav-Heinemann-Initiative - zu dessen Gründungsmitgliedern Erhard Eppler, Helmut Simon, Carola Stern, Professor Norbert Greinacher und Inge Aicher-Scholl gehören - hat sich mit den Bonner Asyl-Plänen auseinandergesetzt. Die Erklärung im Wortlaut.

Bundesinnenminister Seifers will nach dem Fall der Mauer eine neue undurchlässige Grenze im Osten Deutschlands errichten. Zur Überwachung sollen die Infrarotmenschensjagdgeräte der DDR wiederverwendet werden. Während die Todesschüsse an der Mauer gerade gerichtlich verfolgt werden, ist absehbar, daß demnächst bundesdeutsche Grenzbeamte vor der Frage stehen, ob und wie sie ihre Waffen gegen Infrarot aufgespürte "Grenzverletzer" einsetzen sollen.

Die Abschottung gegen Menschen, die in höchster Not bei uns Hilfe und Zuflucht suchen, ist ein politischer Skandal und das Gegenteil zu einer freien Welt.

Die völlige Abschottung Deutschlands verlagert die Flüchtlingsproblematik auf unsere armen, ja notleidenden östlichen Nachbarländer, die polnische und die tschechische Republik, mit unübersehbaren Folgen für deren innere Situation und für unser Verhältnis zu ihnen.

Der neue Mauerbau ist sichtbarer Ausdruck der "Festung Europa" gegen die Armen dieser Erde. Es ist kein Zufall, daß die Unionsparteien neben dieser menschenverachtenden Maßnahme gegen Flüchtlinge und politisch Verfolgte gleichzeitig Bundeswehrkampfeinsätze in aller Welt fordern.

Mit der Forderung, zur Abschottung der Grenze auch nach DDR-Muster Militär einzusetzen, verstößt der Bundesinnenminister gegen unabdingbare Normen des Grundgesetzes (vergleiche Artikel 35 und 87a), weil er die Bundeswehr auch für Aufgaben von Polizei und Bundesgrenzschutz einsetzen will. Der Anklang an militärische Verteidigung macht dabei zusätzlich Stimmung gegen Asylsuchende und Flüchtlinge.

Wenn jetzt berichtet wird, daß sogar Indien als "verfolgungsfreies" Land eingestuft werden soll, wird deutlich, daß von Asyl für politisch Verfolgte keine Rede mehr sein kann. Indien wird von amnesty international wegen der Gewalt gegen Minderheiten angeklagt. Es leidet unter politischen Terrorakten, die manchmal an bürgerkriegsähnliche Zustände erinnern. Aber von Bonn aus sieht man keine politische Verfolgung.

Die gleichzeitige Erwägung des Bundesinnenministers, auch die Türkei als verfolgungsfreies Land einzustufen, zeigt eine menschenverachtende Leugnung der Wirklichkeit. Gerade aus der Türkei werden überdurchschnittlich viele Asylsuchende anerkannt, weil in der Türkei gefoltert wird, Gewerkschaftsengagement und freier Journalismus lebensgefährlich sind und Jesiden, Armenier, christliche Araber, Kurden, die auch nur kulturelle Selbstbestimmung fordern, blutig verfolgt werden. Daß viele bedrängte Menschen aus der Türkei gerade nach Deutschland fliehen, ergibt sich aus der großen Zahl der von dort angeworbenen Arbeitnehmer, die heute hier leben und für Verfolgte aus ihrer Heimat natürliche Anlaufadressen sind.

Auch wer aus Ex-Jugoslawien vor dem Kriegsterror und den Vertreibungen ("ethnischen Säuberungen") fliehen muß, hat in vielen Fällen in Deutschland Verwandte oder Freunde, die einst als Arbeitnehmer hierher geholt wurden. Die nächstliegende Zuflucht der an Leib und Leben Bedrohten bei denen, die ihnen nahestehen, soll nun versperrt und menschliche Hilfe verbaut werden.

Solche Abschottung Deutschlands würde grotesker Weise dazu führen, daß fast nur noch direkt einreisen kann, wer durch Drogen- und Waffenhandel oder Korruption sich so bereichert hat, daß er sich einen Flug oder eine Schiffspassage leisten kann.

Vor diesem Hintergrund wird der "Asylkompromiß", den die SPD-Führung mit den Koalitionsparteien vereinbart hat, zur Farce. Ohne einsichtige Gründe gibt die SPD das liberale Asylrecht auf. Wir rufen deshalb die SPD-Abgeordneten auf, ihre Fehlentscheidung zu korrigieren und sich wieder an Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft und Achtung vor politisch Verfolgten zu orientieren. Wir erinnern daran, daß Ernst Reuter, Heinz Kühn, Herbert Weichmann, Willy Brandt, Herbert Wehner und Tausende weitere Sozialdemokraten einst Asyl suchen mußten, das sie nach dem geplanten neuen Asylrecht in Deutschland jedenfalls nicht bekommen hätten.

\*\*\*\*\*

(-/1. Februar 1993/rs/ks)